



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

20 Jahre Universität - Gesamthochschule Paderborn

Blömeke, Sigrid

Paderborn, 1993

I.1. Die technische Tradition.

urn:nbn:de:hbz:466:1-39078

20 Jahre nach Gründung der Universität-Gesamthochschule Paderborn wird das Renomee der Hochschule ganz wesentlich von den Studienrichtungen Wirtschaft, Informatik und Ingenieurwissenschaften geprägt. In den Bereichen Wirtschaft und Informatik hat auch die stärkste Steigerung der Studierendenzahlen stattgefunden. Das bedeutet einen erheblichen Strukturwandel gegenüber den ersten Jahren des Bestehens der Hochschule, einen Bruch sogar im Vergleich zum Gewicht der Vorläuferinstitutionen. Dazu trägt bei, daß die Ingenieurwissenschaften zwar immer noch den mit Abstand stärksten Lehrbereich bilden, prozentual aber seit 1972 deutlich an Gewicht verloren haben. Mit der Schließung der Studiengänge Architektur und Bauingenieurwesen in Höxter wurden darüber hinaus 1987 die traditionsreichsten Angebote der Uni-GH Paderborn aufgegeben.

1.1. Die technische Tradition

Ingenieurschulen in Höxter, Paderborn, Soest und Meschede

Die 1864 in Höxter gegründete Baugewerkschule konnte 1972 bereits auf eine über 100 Jahre alte Tradition zurückblicken. Die Fachschule ist ein typisches Beispiel für den erhöhten Bedarf an gut ausgebildeten Technikern im Preußen des 19. Jahrhunderts dar. Mit der Entwicklung zur Hochschul-Abteilung vollzog sie - mit einer zeitlichen Verzögerung - auf dem Land einen Prozeß nach, den etwa hundert Jahre zuvor bereits die Bauhandwerkerschulen in der Großstadt Berlin gegangen waren.

Der Weg zur Gründung von Baugewerkschulen

Die bildungspolitische Entwicklung bis hin zur Gründung von Baugewerkschulen war im 19. Jahrhundert gekennzeichnet durch eine immer stärkere Ausdifferenzierung und Formalisierung des Schulwesens. Dies wirkte sich besonders deutlich im Fachschulwesen aus. Hier wurde den Schülern nach Abschluß der Volksschule (auf niederen Fachschulen) bzw. Erwerb der Mittleren Reife (auf höheren Fachschulen) und einigen Jahren Praxis eine gediegene Berufsausbildung vermittelt.

Erstmals hatte man 1799 in Berlin eine Schule eingerichtet mit dem Ziel, Bauhandwerker theoretisch und praktisch auszubilden. Ihr Arbeitsfeld sollte der Staatsdienst sein; Aufnahmebedingungen waren das vollendete 14. Lebensjahr und elementare Kenntnisse in Latein und Französisch (vgl. Lexis, S. 41). Schon bald setzte die Regierung die Aufnahmebedingungen für die „Königliche Bauakademie“ hoch und wertete das Abschlußzeugnis auf, so daß die Akademie bereits seit 1801 als höhere Fachschule gelten kann.

Eine ähnliche Entwicklung durchlief das 1821 als „Technische Schule“ gegründete „Gewerbeinstitut“, das - anfangs nur eine niedere Fachschule mit dem Nachweis von Elementarkenntnissen als Aufnahmevoraussetzung - seit 1850 die

Mittlere Reife als Vorbildung verlangte. Ausbildungsziel des Instituts war die schulische Ausbildung gewerblich tätiger Techniker.

Der weiter anhaltende Drang zu höheren Bildungsabschlüssen hatte schließlich zur Folge, daß Bauakademie und Gewerbeinstitut 1879 zu einer „Technischen Hochschule“ (TH) zusammengelegt wurden und so die bisherige Trennung der Ausbildung von Staatsbediensteten und Gewerbeteknikern aufgehoben wurde. Die TH beanspruchte einen Rang, der den Universitäten gleichkam. Dies erkannte die preußische Regierung 1899 mit der Verleihung des Promotionsrechtes in Ansätzen auch an (vgl. Grüner 1965, S. 17).

Da parallel dazu die Provinzial-Gewerbeschulen - seit 1828 ersatzweise existierende niedere Fachschulen für Bauhandwerker - zu neunklassigen allgemeinbildenden Oberrealschulen ausgebaut worden waren, fehlte nun, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ein Schulzweig, der Fachkräfte für den ständig wachsenden mittleren technischen Beamtendienst sowie theoretisch versierte Handwerksmeister ausbildete. Das war die Geburtsstunde der preußischen „Baugewerkschulen“.

Höxter 1864 Standort der ersten Baugewerkschule in Preußen

Waren außerhalb Preußens bereits seit 1831 einzelne dieser Schulen errichtet worden (zunächst in Holzminden, 1840 in Plauen/Vogtland und in Zittau/Sachsen sowie 1853 in Nienburg/Weser), stellte 1864 die Gründung der Privaten Baugewerkschule in Höxter für Preußen eine Premiere dar und bedeutete den Beginn einer rasanten Gründungswelle. In rascher Folge entstanden bis Ende des Jahrhunderts in knapp zwanzig Städten Baugewerkschulen, zumeist in kommunaler Trägerschaft. Der Baubereich war dabei nur Vorreiter eines allgemeinen Aufschwungs technischer Fachschulen: Maschinenbauschulen, Gewerbeschulen, Textilschulen und Landwirtschaftsschulen wurden in ebenso großer Zahl gegründet.

Ziel der zunächst dreisemestrigen Baugewerkschulen war, den Bauhandwerkern „Gelegenheit [zu] geben, sich diejenigen theoretischen Kenntnisse anzueignen, welche durch die gesteigerten Ansprüche und fortschreitende Technik von einem Baugewerksmeister gefordert werden“ (Höffer, S. 403). Wer in Höxter aufgenommen werden wollte, mußte einen guten Volksschulabschluß einer mehrklassigen Volksschule nachweisen, eine Lehre abgeschlossen sowie anschließend noch einige Zeit als Geselle gearbeitet haben. Der Abschluß der Baugewerkschule wurde dann als theoretischer Teil der Meisterprüfung anerkannt. Bewerber für den mittleren technischen Beamtendienst erhielten im theoretischen Teil der Berufsprüfung Vergünstigungen eingeräumt.

Die Baugewerkschulen nahmen damit eine Zwischenstellung ein zwischen dem niederen und dem höheren Fachschulwesen. Auf der einen Seite dauerte der Lehrgang weniger als zwei Jahre und verlangte nur elementare Schulkenntnisse bei der Aufnahme (und nicht die Mittlere Reife), so daß die Schulen formal den niederen Fachschulen zugeordnet werden müßten. Auf der anderen Seite recht-

fertigen der Nachweis eines guten Volksschulabschlusses in einer Aufnahmeprüfung und die hohen inhaltlichen Anforderungen der Abschlußprüfung als theoretischer Meisterprüfung die Zuordnung zum höheren Fachschulwesen. Dieser Tatbestand spiegelt sich auch in der wissenschaftlichen Literatur, wenn die Baugewerkschulen einmal als niedere Fachschulen (vgl. Grüner 1991, S. 390), ein anderes Mal als höhere Fachschulen (vgl. Lundgreen 1981, S. 144) klassifiziert werden.

Berücksichtigt werden muß allerdings, daß in der Aufbauphase weder die Schule in Höxter noch die anderen Schulen die selbstgestellten Richtlinien erfüllten, wie es etwa ab Mitte der neunziger Jahre geschah, als der Staat die Aufsicht übernahm. So kommt es der Realität vermutlich am nächsten, wenn man die Baugewerkschulen in der Anfangszeit als niedere, seit der Jahrhundertwende jedoch als höhere Fachschulen bezeichnet.

Regulierung der Ausbildung durch den Staat seit 1900

Die Baugewerkschulen hatten in den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts bereits bei der Entstehung des Fachschulwesens eine Vorreiterrolle gespielt. Zudem erkannte die preußische Regierung die Bedeutung dieser Schulen für die Ausbildung qualifizierter Fachkräfte. Die Konsequenz daraus war, daß zwischen 1895 und 1900 fast alle Baugewerkschulen aus der kommunalen oder sogar privaten Trägerschaft entlassen und verstaatlicht wurden. So nannte sich auch die Höxteraner Baugewerkschule fortan „Königlich-Preußische Baugewerkschule“. Seit dieser Zeit gab es einheitliche Vorschriften für die vormals sehr auseinandergelassenen Bedingungen bei Aufnahme, Unterricht und Abschlußprüfung. Eine Aufnahmeprüfung war von nun an verbindlich vorgeschrieben. Wer diese nicht bestand, mußte eine der neuerrichteten Vorklassen besuchen.

Der Drang der Baugewerkschulen in das höhere Fachschulwesen war damit aber noch nicht gestoppt. Da mittlerweile auch deutlich geworden war, daß nicht mehr der selbständige Baugewerksmeister das Berufsziel der meisten Absolventen war, sondern der angestellte Bautechniker bzw. der verbeamtete Bausekretär, wurde 1908 die Dauer der Ausbildung auf fünf Semester angehoben. Auch ohne die Mittlere Reife als Aufnahmevoraussetzung kann man der Baugewerkschule in Höxter spätestens ab diesem Zeitpunkt den Charakter einer höheren Fachschule zusprechen (vgl. Grüner 1991, S. 393).

In der Weimarer Republik gab die preußische Regierung den Absolventinnen - mittlerweile durften auch Frauen die Schule besuchen - und Absolventen der Baugewerkschule die Möglichkeit, sich über eine Ergänzungsprüfung das Recht zum Studium an einer Technischen Hochschule zu erwerben. Wenn auch nur wenige hiervon Gebrauch machten (vgl. Grüner 1965, S. 25), bedeutete das dennoch, daß erstmalig der Ansatz eines zweiten Bildungsweges geschaffen wurde. Dieser wurde noch ausgeweitet durch den Ausbau der berufspädagogischen Institute, auf denen die Fachschulabsolventen die begehrte Gewerbelehrerlaufbahn einschlagen konnten. 1931 trugen die Regierungen der deutschen Länder

dem Drängen der Baugewerkschulen Rechnung und benannten sie reichseinheitlich in „Höhere Technische Lehranstalten für Hoch- und Tiefbau“ (H.T.L.) um, um ihren Charakter als höhere Fachschule deutlicher hervorzuheben.

Das Jahr 1933 bedeutete für das gesamte Fachschulwesen den Beginn einer umfassenden Neuorganisation. Die Absolventen der Höheren Technischen Lehranstalten für Hoch- und Tiefbau erhielten 1938 von der NS-Regierung den begehrten „Ingenieur“-Titel zuerkannt. Darüber hinaus wurde 1939 für diese Schulform die Mittlere Reife als Aufnahmevoraussetzung reichseinheitlich festgeschrieben und denjenigen Absolventen die Ergänzungsprüfung für die Technischen Hochschulen erlassen, die ihre Prüfung mindestens mit „gut“ bestanden hatten. Drei Semester konnten sogar auf die Studienzeit an der Hochschule angerechnet werden.

Die Zeit des Nationalsozialismus brachte den Fachschulen somit einerseits eine deutliche Anhebung der Eingangsvoraussetzungen und als Folge die lange geforderte größere Anerkennung ihres Abschlusses. Andererseits waren Lehrinhalte und Lehrorganisation ebenso der „Gleichschaltung“ unterworfen wie im übrigen Schulwesen. So wurden bei der Schüleraushwahl die Auslesekriterien der NS-Ideologie angewandt. Das hieß, daß Juden ebensowenig zugelassen wurden wie nicht systemkonforme „Arier“. Beispiele für deren Relegierung gibt es auch an der Staatsbauschule Höxter.

1923: eine Landwirtschaftsschule für Soest

In der Weimarer Republik wurde auch die zweite der Vorläuferinstitutionen der Universität-Gesamthochschule Paderborn gegründet: die „Lehranstalt für praktische Landwirte“ in Soest. Die steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln aufgrund des Bevölkerungswachstums sowie das Vorbild des erhöhten Ausbildungsniveaus in den anderen Wirtschaftszweigen hatten am Ende des 19. Jahrhunderts in der Landwirtschaft zu der Erkenntnis geführt, daß eine systematische Ausbildung notwendig sei. Diese konnte jedoch nicht allein auf dem traditionellen Weg, dem „learning by doing“ im elterlichen Betrieb, vermittelt werden, sondern bedurfte einer Vollzeitschulbildung. In Norddeutschland übernahmen die Landwirtschaftskammern die Trägerschaft.

Die zunächst bevorzugte Schulform der „Seminare für praktische Landwirte“ begann dabei - wie die Baugewerkschulen zuvor - auf dem Niveau des niederen Fachschulwesens. Erforderliche Vorbildung waren ein Volksschulabschluß und vier Jahre Praxiserfahrung. Nach einem Jahr Unterricht legten die Absolventen die Prüfung zum „Staatlich geprüften Landwirt“ ab (vgl. Schmiel 1991, S. 400). In der Weimarer Republik eröffnete sich für diese Schulform jedoch ein neues Tätigkeitsfeld: die Ausbildung zu Verwaltern größerer landwirtschaftlicher Betriebe. Die Seminare wurden deshalb in „Höhere Lehranstalten für praktische Landwirte“ umgewandelt. Als Ersatz etablierten sich die vorher nur schwach vertretenen Winterschulen, die nun den Namen „Landwirtschaftsschulen“ erhielten (vgl. Schmiel 1989, S. 295).

Obwohl Westfalen überwiegend agrarisch geprägt war, existierte hier bis Anfang der 20er Jahre keine höhere Schule für Landwirte. Dies änderte sich 1923 mit der

Gründung einer „Lehranstalt für praktische Landwirte“ in Soest. Weitere höhere Landwirtschaftsschulen wurden in dieser Region während der Zeit der Weimarer Republik jedoch nicht gegründet. Die Schule in Soest befand sich am Opmünder Weg und bestand zunächst elf Jahre lang.

In der NS-Zeit wurden die Höheren Lehranstalten für praktische Landwirte in „Höhere Landbauschulen“ umbenannt. Gute Absolventen erhielten die Möglichkeit, ein Studium zum landwirtschaftlichen Berufsschullehrer aufzunehmen. In Westfalen war dies allerdings nicht möglich, da die einzige Schule in Soest 1934 geschlossen wurde.

*Nach 1945: Wiedereröffnung und Neugründungen in Höxter, Paderborn,
Soest und Meschede*

Die Befreiung durch die Alliierten und die Neuordnung Deutschlands führten zur Kulturhoheit der einzelnen Länder. Das Fachschulsystem aus der NS-Zeit wurde mit zunächst nur geringen Veränderungen übernommen. So richtete das Land Nordrhein-Westfalen 1947 Vorklassen ein; in Höxter wurde die Baugewerkschule und in Soest die Landbauschule wiedereröffnet.

1959 erfolgte dann - gemäß den Beschlüssen der „Ständigen Konferenz der Kultusminister“, die eine einheitliche Schulentwicklung in den bundesdeutschen Ländern gewährleisten sollte - eine grundsätzliche Reform: Die Studiendauer an den Bauschulen wurde auf sechs Semester verlängert. Künftig hießen sie „Staatliche Ingenieurschulen für Bauwesen“. Ebenso verfuhr die nordrhein-westfälische Landesregierung bei den übrigen Fachrichtungen, die nun „Staatliche Ingenieurschule für Maschinenwesen“, „Staatliche Ingenieurschule für Textilwesen“ oder - wie in Soest - „Staatliche Ingenieurschule für Landbau“ hießen. An der Mittleren Reife als Vorbildung wurde zunächst noch festgehalten, obwohl in den benachbarten europäischen Ländern schon längst die Primareife oder gar - wie in Frankreich - ein „Technisches Abitur“ Standard waren.

Die neugegründete Bundesrepublik war bei der Ingenieurausbildung ein eher rückständiges Land. So konstatierte der „Verein Deutscher Ingenieure“ 1956 einen Nachholbedarf von 44.000 Ingenieuren und forderte, diese enormen Kapazitätsengpässe mit einem Ausbau des technischen Schulwesens zu beseitigen (vgl. Brenken, S. 105). Alle Länderregierungen schlossen sich dieser Sichtweise an und nahmen zahlreiche Neugründungen vor. So entstanden allein im Raum Ostwestfalen - unterstützt durch die jeweiligen Orte und Städte, die an der Errichtung größtes Interesse hatten - mit den Ingenieurschulen für Maschinenwesen in Paderborn (1963), Soest (1964) und Meschede (1964 als Abteilung von Soest und 1968 als eigenständige Ingenieurschule für Maschinenbau) drei neue Fachschulen. 1965 existierten schließlich fast vierzig Ingenieurschulen in Nordrhein-Westfalen, doppelt so viele wie zehn Jahre zuvor.

Unverändert blieben allerdings die Studienbedingungen (vgl. Börner, S. 50ff.): Die Studierenden wurden in Klassen zusammengefaßt und regelmäßig in die nächsthöhere versetzt. Nach dem dritten Semester fand die sogenannte „Ingenieur-Vorprüfung“, am Ende des Studiums die „Ingenieur-Hauptprüfung“

statt. Der regelmäßige Besuch des durch einen Stundenplan festgelegten Unterrichts wurde mit Hilfe von Anwesenheitslisten kontrolliert. Die Richtlinien machten den Ingenieurschulen für die Studierenden darüber hinaus die „Heranbildung zur Persönlichkeit“ zur Aufgabe. Diesem Ziel diene die Einführung eines (prüfungsrelevanten) Wahlfachs aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Bereich.

Protest 1968/69: Reform und Expansion

Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde allerdings diskutiert, „daß es im Zeitalter schnellster naturwissenschaftlicher, technischer und industrieller Entwicklung und Wandlung nicht länger vertretbar ist, eng orientierte Spezialisten auszubilden, und daß es heute und morgen erst recht unmöglich ist, während des Studiums Kenntnisse zu vermitteln, mit denen selbst ein beruflich genügsamer Ingenieur zeit seines Lebens auskommen könnte“ (Kassebeer, S. 418). Der Weg ging also hin zu einer breiten und gründlichen Ausbildung von Ingenieuren, die in der Lage sind, sich nach dem Studienabschluß selbständig weiterzuqualifizieren. Die endgültige Akademisierung der höheren Fachschulen fand schließlich im Zuge der Bildungsexpansion in den 60er Jahren statt. Georg Picht und Ralf Dahrendorf hatten eine intensive Bildungsdiskussion initiiert, deren Ziel eine Reformierung der überkommenen Schulstrukturen war. Vertikale oder horizontale Gliederung, Orientierungsstufe, Gleichwertigkeit berufsbezogener und studienbezogener Bildungsgänge waren die zentralen Diskussionspunkte. Einer der tatsächlich verwirklichten Ansprüche war die Vereinheitlichung des Ingenieurschulwesens, die die Akademisierung der höheren Fachschulen einleitete.

Erheblich forciert wurden die Bemühungen der Bundesländer durch die europaweite Freizügigkeit der Berufsausübung, die in den Verträgen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verankert worden war. Zu ihrer Realisierung war eine Vereinheitlichung der Ingenieurschulabschlüsse notwendig. Da der deutsche Standard aber überall nur am unteren Rand rangierte, bestand die Gefahr der Nichtanerkennung der Ingenieurschulabschlüsse in den anderen europäischen Ländern. Bundesweit streikten deshalb die Studierenden 1968/69 für eine Anhebung ihrer Ausbildung. Die Proteste hatten Erfolg: Mit den Fachhochschulgesetzen 1969/70 fand die Akademisierung ihren Abschluß.

Als Aufnahmevoraussetzung der neuen Hochschulform wurde die Fachhochschulreife geschaffen, die zwischen der Mittleren Reife und dem Abitur angesiedelt war und die dadurch ermöglicht wurde, daß die Fachoberschule in das allgemeinbildende Schulwesen eingegliedert wurde. Lundgreen würdigt diese Reform: „Damit war ein zweiter Bildungsweg eröffnet, der vom Realschulabschluß oder von der Fachschulreife (nach Berufsausbildung und Berufsaufbauschule) über die Fachoberschule zur Fachhochschule und schließlich zur Hochschule führen konnte.“ (Lundgreen 1981, S. 30)

Auf jeden Fall konnte auf diese Weise die Gesamtzahl der Studierenden innerhalb kürzester Zeit erheblich ausgeweitet werden. Hatten noch 1969 nur rund 385.000 Studentinnen und Studenten die Hochschulen besucht, studierten ein Jahr später neben 422.000 Universitätsabsolventen bereits 100.000 Fachhoch-

schülerinnen und Fachhochschüler (vgl. ebd., S. 159). Dabei existierte zu diesem Zeitpunkt erst ein dünnes Netz von Fachhochschulen, das innerhalb der nächsten Jahre schnell dichter wurde. Die Akademisierungstendenzen der technischen Fächer, die von Beginn an zu verfolgen waren, setzten sich im übrigen in dem neuen Modell der Bildungsreform, der Gesamthochschule, fort.

Industrie, Staat oder Standesinteressen Motor der Entwicklung?

Sieht man sich die Entwicklung des technischen Fachschulwesens an, entsteht unweigerlich die Frage nach den Motiven für dessen Gründung und seine ständig steigenden Qualifikationsanforderungen. Naheliegend ist es, zunächst einmal auf den Industrialisierungsprozeß in Preußen hinzuweisen, der zunehmend besser ausgebildeter Fachkräfte bedurfte. In diesem Sinne interpretiert eine Reihe von Wissenschaftlern die Bildungsgeschichte. Sie sprechen beispielsweise von einem „ökonomisch bedingten Anpassungsprozeß der Schulstruktur“ (Herrlitz/Hopf/Titze, S. 96f.).

Das allgemeinbildende Schulwesen sei nicht mehr in der Lage gewesen, den Qualifikationsbedarf der Industrie zu decken, so daß gewerbliche, kaufmännische und landwirtschaftliche Fachschulen gegründet worden seien. Als Beleg führt man an, daß diese die meiste Zeit über nicht dem preußischen Ministerium für Unterrichtsangelegenheiten, sondern dem Ministerium für Handel und Gewerbe unterstanden und somit als Mittel der Gewerbeförderung angesehen worden seien. Später habe der schnelle technische Fortschritt dann eine Akademisierung der Ausbildung erzwungen.

Der Historiker Peter Lundgreen differenziert allerdings diese einlinige Betrachtungsweise. Er weist auf die spezifischen Interessen des Staates sowie die Standesinteressen der Schüler und Lehrer hin, die seiner Meinung nach bei der Gründung und Akademisierung des Fachschulwesens eine Rolle gespielt haben. Er lenkt den Blick weg von einer funktionalistischen Sichtweise hin zur dem Bildungswesen innewohnenden Eigendynamik (vgl. Lundgreen 1975, S. 274, und Lundgreen 1987, S. 303).

Lundgreen knüpft in seiner Argumentation an den Topos der „Modernisierung von oben“ an: Der preußische Staat habe sich bemüht, „die eigene Staatsbildung mit einer Modernisierung der sich entfaltenden bürgerlichen Gesellschaft zu verbinden“ (Lundgreen 1980, S. 51). Dabei standen die Beamten im Mittelpunkt der Überlegungen; ihre Ausbildung mußte verbessert werden, um den Anforderungen eines modernen Staatswesens gerecht zu werden. Waren die neuen Fachschulen dann erst einmal geschaffen, sorgten die Eigeninteressen der Absolventen - zunächst organisiert im Verband deutscher Baugewerkmeister, später im Verein Deutscher Ingenieure - und der Lehrenden dafür, daß die Wertigkeit der Schule ständig stieg und so gesellschaftlicher Aufstieg möglich wurde (vgl. Lundgreen 1973, S. 140ff.).

In der Tat war der Weg über die Berufsausbildung und die Fachschulen vor allem für die Kinder der Unter- und Mittelschichten ein Instrument des sozialen Aufstiegs, die deshalb Interesse an einer Niveauanhebung hatten. Andererseits durfte der Zugang auch nicht wieder unmöglich werden, so daß der Akademisierungsdrang seine Grenzen hatte. Darüber hinaus gilt es zu bedenken, daß an einer Fachschule ausgebildete Ingenieure im Vergleich zu Absolventen der Technischen Hochschulen ungleich billiger waren, und zwar sowohl in der Ausbildung - was sie den Kultusverwaltungen sympathisch machte - als auch in der späteren Entlohnung - weshalb sie von der Industrie favorisiert wurden. Ganz deutlich zeigte sich das in der Zeit der großen Wirtschaftskrise um 1930, als Fach- und Hochschulabsolventen um die wenigen Arbeitsplätze konkurrierten (vgl. Grüner 1989, S. 299). So plausibel Lundgreens Argumentation also auch ist, kann sie nur für die Entwicklungsabschnitte bis zur Fachhochschule gelten und nicht für die Zeit der Gesamthochschule, deren Ziel es war, diese Unterschiede aufzuheben.

Der Holzmindener Lehrer und Architekt Karl Möllinger legte der Stadt Höxter im Herbst 1864 einen Plan für den Betrieb einer privaten Baugewerkschule vor. Bemühungen in diese Richtung gab es schon seit 1851. Jährlich sollten nach dem Vorbild der seit 1831 in Holzminden bestehenden Schule etwa 300 Handwerksgesellen zu „Baugewerksmeistern“ ausgebildet werden (vgl. Altherrenvereinigung, S. 10).

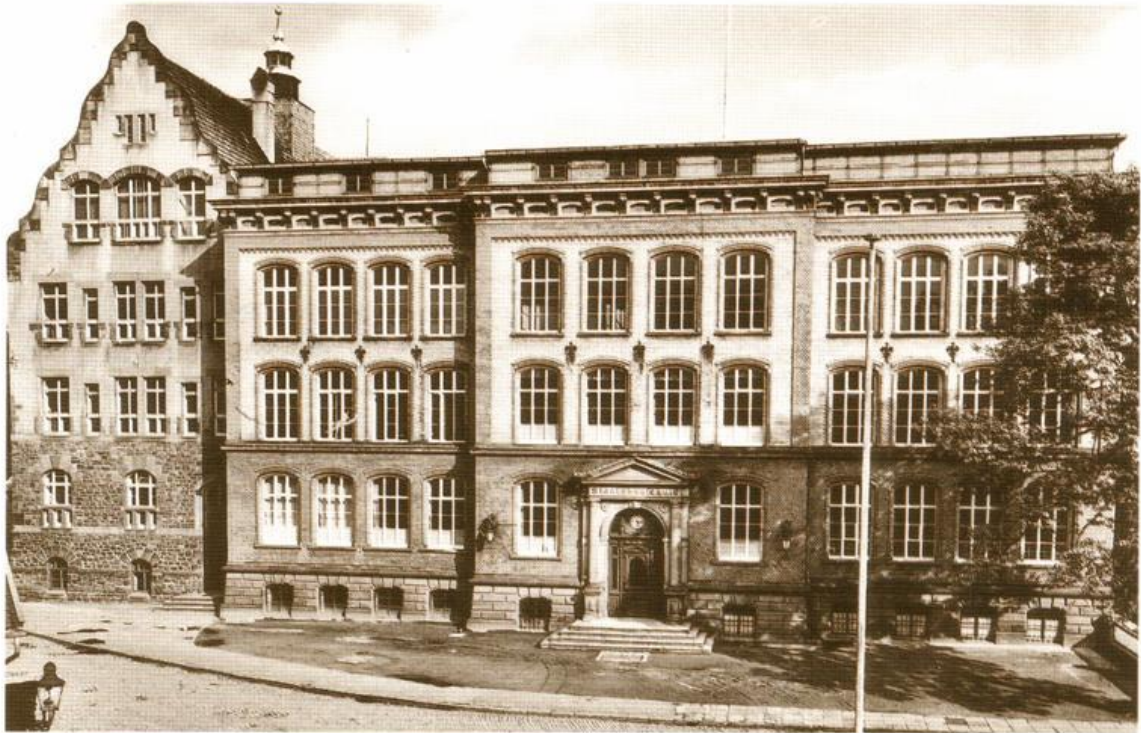
Gründer Möllinger, bis 1888 auch erster Schuldirektor, reagierte mit seiner Vorlage auf den großen Bedarf an bautechnischen Fachkräften. Nach der Zustimmung durch die Behörden erfolgte die Eröffnung am 14. November 1864. 94 Höxteraner bürgten mit ihrem Privatvermögen für die Unkosten der Baugewerkschule (vgl. Festschrift zur 60jährigen Jubelfeier, S. 4). Finanzielle Schwierigkeiten führten dazu, daß die Schule nicht mehr in privater Trägerschaft bleiben konnte. Die Stadt Höxter übernahm sie deshalb am 1. April 1869. Nach der Verstaatlichung 1895 bekam sie den Namen „Königlich Preußische-Baugewerkschule“.

Bild: Gebäude der Baugewerkschule in Höxter von 1864 bis 1890.

Sechs Lehrer hatten 63 Schüler in vier Klassen zu unterrichten. Die Lehrer waren zum überwiegenden Teil ehemalige Ingenieure oder Architekten und hatten in den seltensten Fällen Lehrerfahrung. Sie verdienten etwa 45 Taler monatlich. Der Besuch kostete die Schüler pro Semester 35 Taler, hinzu kamen etwa 10 Taler monatlich für ein Zimmer in der Stadt mit Vollpension, Licht und Heizung. Für die Geschichte der Schule waren große Schwankungen hinsichtlich der Schülerzahl charakteristisch. Abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung besuchten durchschnittlich etwa 300 Schüler die Höxteraner Baugewerkschule.

Bild: Lehrerkollegium 1878 - Ingenieur Müller, Architekt Möllinger, Bildhauer Posselt, Ingenieur Paradies, Lehrer Emanuel, Architekt Stephan (v. l. n. r.).

(Quelle: StA Dt. D9)



Das „Zeugnis der Reife“ der Höxteraner Baugewerkschule brachte den vormaligen Handwerksgesellen einen sozialen Aufstieg zum „Baugewerksmeister“. Die Schulzeit dauerte drei Semester. Hauptaufgabe der Schule war die Vorbereitung der Schüler auf den theoretischen Teil der Meisterprüfung. Dazu erwarben sie vertiefte Kenntnisse im Schreiben, Rechnen und Zeichnen sowie in Bautechnik.

Nach zwölf Jahren Existenz wurde die Schule unter Staatsaufsicht gestellt. Das bedeutete einerseits eine Anerkennung, andererseits aber auch eine Kontrolle der Lehre. In den folgenden Jahren führte die preußische Regierung eine staatliche „Reifeprüfung“ und eine staatliche Prüfungsordnung ein und verlängerte die Schulzeit auf die in Preußen üblichen vier Semester (vgl. Festschrift zur 60jährigen Jubelfeier, S. 6).

Von 1886 an behielt sich die Regierung sogar das Recht vor, die neuen Lehrer auszuwählen; zwei Jahre später galt das bereits auch für die Direktoren. Möllinger legte deshalb noch im selben Jahr aus Protest sein Amt nieder. Nachfolger wurde L. Nausch, der Lehrer an der Baugewerkschule in Breslau gewesen war.

Unterricht fand jeden Vormittag statt und viermal nachmittags; Hausaufgaben wurden abends und am Wochenende gemacht. Die Schüler beschrieben ihre Lehrer als „patriarchalisch und noch nicht ganz gelöst vom gewesenen ‚Offiziersdenken‘“ (1925-1975, S. 12).

Zu ihren Lebensbedingungen schreiben die vormaligen Handwerksgesellen: „Man wohnte zumeist mit einem, zwei oder gar auch drei Kollegen zusammen, um Geld zu sparen.“ Die Unterbringung wurde jedoch zu einem Problem, als die Schülerzahl 1875 mit 431 ihren Höchststand erreichte. Für 44 Schüler wurde deshalb ein Schülerheim eingerichtet (vgl. Altherrenvereinigung, S. 11). Nachdem die Schülerzahlen Ende der 70er Jahre wieder zurückgingen, konnte dieses 1878 wieder aufgelöst werden.

Bild: Abschlußzeugnis von 1875.

Ein schönes Beispiel für das um die Jahrhundertwende nicht nur an der Baugewerkschule in Höxter herrschende Standesbewußtsein ist die Planung der Toiletten für die Schule aus dem Jahr 1901: Schüler, Lehrer und Schuldiener bekamen jeweils eigene Räumlichkeiten mit eigenem Eingang und Wänden, die selbst die Pissoirs abtrennten. Für den Schuldiener stand so eine eigene Toilette zur Verfügung, während sich ein halbes Dutzend Lehrer einen Raum und rund 300 Schüler gar nur vier Toiletten teilen mußten.

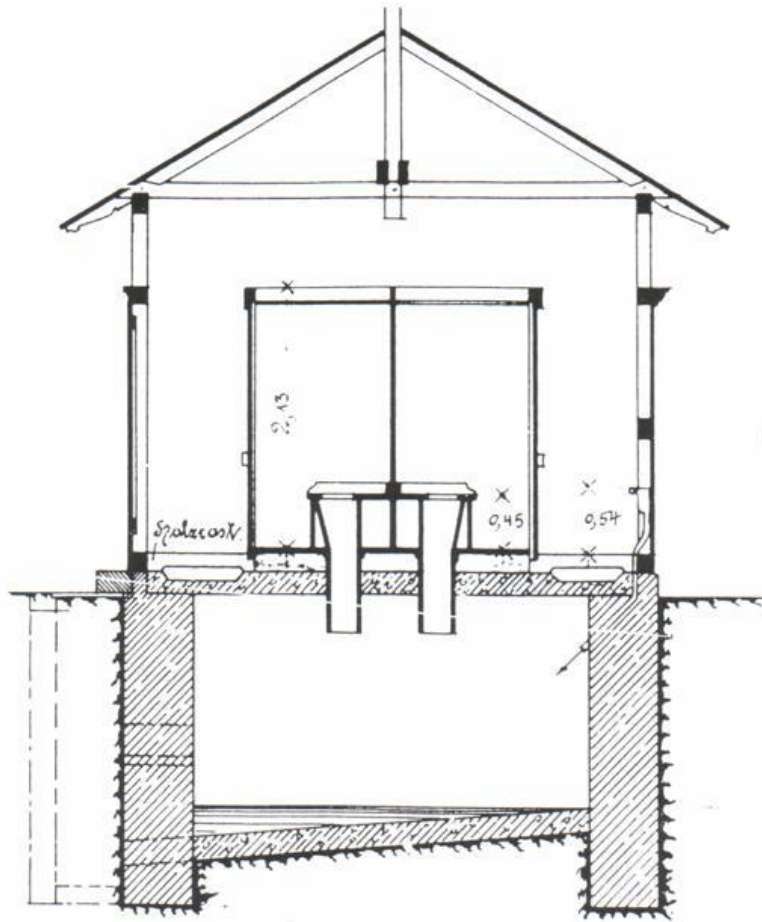
Bei der Abortanlage handelte es sich um eine Trockeneinrichtung. Unter der gesamten Anlage befand sich eine große Sickergrube, auf die von Zeit zu Zeit das Desinfektionsmittel „Saprol A“ der Chemischen Fabrik Flörsheim gekippt wurde (vgl. StA Dt. D9). Der Verbrauch an „Saprol A“ muß beträchtlich gewesen sein, so daß die Lieferfirma verwundert bei der Schulleitung anfragte:

„Seit einiger Zeit schon vermessen wir Ihre Aufträge auf Pissoir-Saprol A, ohne uns den Grund erklären zu können, warum Sie uns solche vorenthalten. Da Sie das von uns gehabte Präparat doch wohl schon längst aufgebraucht und auch wieder Bedarf hierin haben dürften, so erlauben wir uns, hierdurch höfl. anzufragen, ob wir wieder eine Sendung für Sie in Nota nehmen dürfen.“

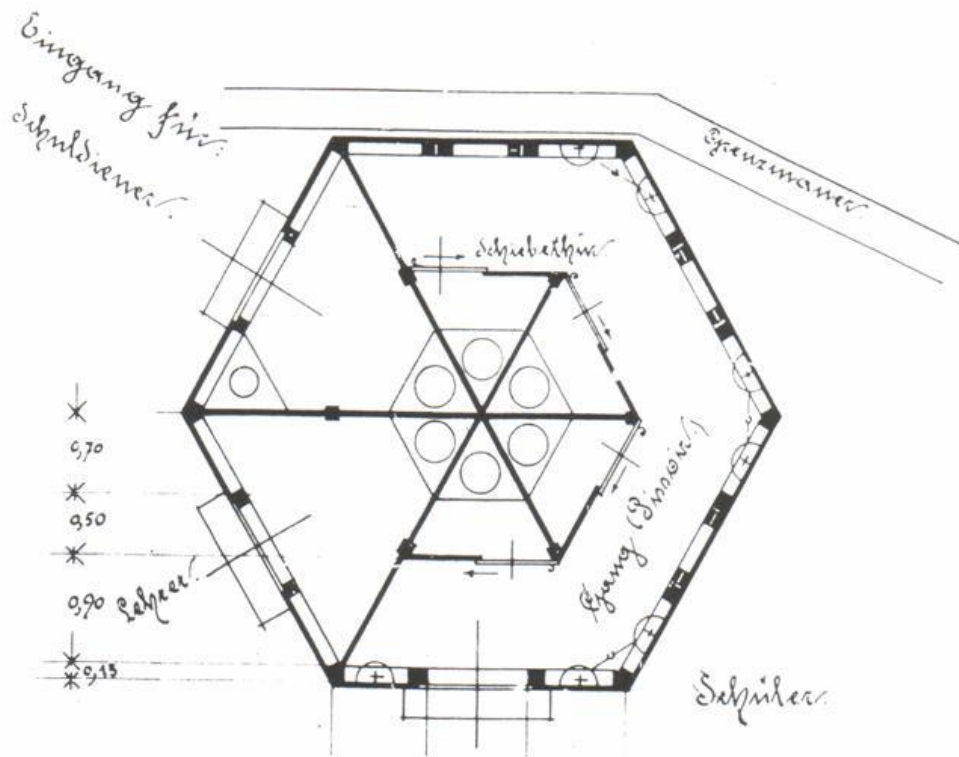
Antwort des Schulleiters: „Auf Ihr Schreiben v. 15. d. Mts. erwidere ich Ihnen, dass Sie für die hiesige Anstalt wiederum eine Sendung Pissoir-Saprol A in Auftrag nehmen können. Die Sendung muss an Güte der früheren durchaus entsprechen. Sie wollen auch dasselbe Quantum, wie bisher bezogen, liefern.“

Bild: Planung der Abortanlage für die Baugewerkschule in Höxter.

(Quelle: StA Dt. D9)



Zeichnung
 betreffend die
 Abortanlage bei der
 Baugewerkschule
 in Hörter 2/20.00.00.



Nach der Verlängerung der Schulzeit auf fünf Semester 1908 erfolgte in der Weimarer Republik eine durchgreifende Modernisierung der Unterrichtsinhalte der Höxteraner Baugewerkschule. Mitte der 20er Jahre traten neue „Reifeprüfungsordnungen“ und vollständig überarbeitete Lehrpläne in Kraft. Damit wurde der fortschreitenden technischen Entwicklung Rechnung getragen. Die Umbenennung der Baugewerkschule in „Höhere Technische Staatslehranstalt für Hoch- und Tiefbau“ 1931 machte die Höhergewichtung auch äußerlich deutlich.

Bisher war die Schule nur Männern vorbehalten gewesen. Mit der rechtlichen Gleichstellung der Frauen zu Beginn der Weimarer Republik wurde diese Regelung hinfällig. So konnte Mitte der 20er Jahre die erste „junge Dame“ die Baugewerkschule in Höxter absolvieren. Die Demokratisierung der Strukturen wirkte sich bis in die Amtsbezeichnungen hinein aus: Aus den vormaligen „Königlichen Oberlehrern“ wurden nun „Studienräte“ (vgl. Altherrenvereinigung, S. 12f.).

Bild: Klassenfoto aus den 20er Jahren.

Die 60-Jahrfeier der Baugewerkschule 1924 war der Anlaß für die Gründung einer Organisation, die auf das Schulleben künftig großen Einfluß ausübte: die „Alt-Herren-Vereinigung ehemaliger Studierender“ (AHV). Neben dem geselligen Aspekt gewährte sie Stipendien und organisierte Vorträge. Ihre seit 1925 erscheinende Vereinszeitschrift trug den Titel „Der Bau“. 1930 hatte die AHV bereits 639 Mitglieder. Aufgrund der knappen finanziellen Mittel der Stadt Höxter, die für die Unterhaltung des Gebäudes zuständig war, kümmerte sich der Verein vor allem um die Schulausstattung. Da er finanzstarke Mitglieder in seinen Reihen hatte, konnte er hier sehr erfolgreich tätig sein. 1937 erfolgte die Umbenennung der AHV in NS-Altherrenbund.

Parallel entstanden in Höxter Studentenverbindungen: die farbentragende Freie Landsmannschaft Saxonia, die Freie Burschenschaft Germania, die Freie Burschenschaft Herminia und die Freie Landsmannschaft Cheruskia. Die Schulordnung untersagte allerdings das öffentliche Auftreten solcher Verbindungen. Dieses Verbot wurde streng gehandhabt, so daß sich die Studenten außerhalb von Höxter trafen. 1935 wurden die Burschenschaften in den NS-Studentenbund eingegliedert.

Bild: Kopf der Vereinszeitschrift der „Alt-Herren-Vereinigung ehemaliger Studierender“ (AHV).



Technische Zeitschrift.

Nachdruck nur mit ausführlicher Quellenangabe.

Nachrichtenblatt der Alt-Herren-Vereinigung der Höh. Techn. Staatslehr-
anstalt für Hoch- und Tiefbau Höxter a. d. Weser.

Nummer 2

Duisburg, den 1. April 1937

13. Jahrgang

Bekanntmachung!

1923 wurde in Soest die „Lehranstalt für praktische Landwirte“ gegründet. Sie war die einzige Schule dieser Art in Westfalen und bot eine einjährige Ausbildung zum staatlich geprüften Landwirt an. Die Trägerschaft lag bei der Landwirtschaftskammer.

Zielgruppen der Ausbildung waren vor allem zukünftige Verwalter größerer landwirtschaftlicher Anwesen und Erben großer Bauernhöfe. Ihnen sollte - den Baugewerkschulen vergleichbar - auf Fachschulniveau das notwendige Rüstzeug für ihre spätere Arbeit vermittelt werden.

Bild: Gebäude der „Lehranstalt für praktische Landwirte“ am Opmünder Weg in Soest.

Bisher hatten die Hoferben ihr Handwerk durch „learning by doing“ erworben. Durch Mitarbeit von frühester Kindheit an lernten sie alle wichtigen landwirtschaftlichen Abläufe kennen. Aufgrund der fortschreitenden Mechanisierung auch der Landwirtschaft reichte dieses Vorgehen allerdings nicht mehr aus, so daß eine schulische Ausbildung für diesen Bereich angeboten wurde. Erforderliche Vorbildung war ein Volksschulabschluß und vier Jahre Praxiserfahrung. Nach einem Jahr Unterricht legten die Absolventen die Prüfung zum „Staatlich geprüften Landwirt“ ab (vgl. Schmiel 1991, S. 400). Die Schule in Soest sollte allerdings zunächst nur elf Jahre bestehen: 1934 wurde sie von den Nazis geschlossen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung eröffnete sie 1947 wieder.

Bild: Bibliothek für die Landwirtschaftsschüler im Gebäude am Opmünder Weg.



In der NS-Zeit bestand von den Vorgängereinrichtungen der Universität-Gesamthochschule Paderborn nur die Baugewerkschule in Höxter. Für ihren Besuch mußte nun längere Praxiserfahrung nachgewiesen und eine „Ausleseprüfung“ absolviert werden. Ab 1938 durften die Absolventen den „Ingenieur“-Titel führen und hatten das Recht, eine Technische Hochschule zu besuchen.

Verbunden war diese Aufwertung mit einer Ausrichtung auf die NS-Ideologie: Bei der Aufnahme mußte die „deutschblütige Abstammung“ nachgewiesen werden, verpflichtend war zudem die Teilnahme an einem NS-Schulungslager. Verbindliche neue Lehrpläne und Prüfungsordnungen ließen allerdings bis 1939 auf sich warten.

Nach den Richtlinien des Jahres 1939 hatten die Baugewerkschüler 42 Stunden in der Woche zu absolvieren. Von den insgesamt 210 Stunden in fünf Semestern entfielen zehn Stunden auf „nationalpolitischen“ Unterricht. Den größten Block nahm mit insgesamt 59 Stunden die Entwurfslehre ein.

Bild: Ausschnitt aus dem Lehrplan von 1939.

Der im Jahre 1936 eingesetzte Schuldirektor Dr. Hermann Krieger verwies ausdrücklich auf die neuen Ausbildungsziele: „Hatte man sich früher damit begnügen dürfen, die damaligen Baugewerkschüler an Hand von Leitfäden und Vorbildern, durch Wort und Tafelskizzen zu unterrichten, was fast ausschließlich im Klassenraum geschah, so reichen diese in ihrer Ausschließlichkeit primitiv anmutenden Mittel heute für die Ausbildung und Ausrichtung des Fachstudenten keineswegs mehr aus. [. . .] Die restlose Intensivierung des Unterrichtes unter Fortfall allen Ballastes und Leerlaufes, die Heranziehung der Anschauung durch Modelle jeder Art, die Anregung zur Selbstbetätigung des Studenten in Werkstätten, Arbeitsgemeinschaften und häuslichem Studium, seine charakterliche Ausrichtung und restlose Durchdringung mit nationalsozialistischem Gedankengut sind die Grundlagen für die Ausbildung des *Fachschulingenieurs*.“ (Staatsbauschule Höxter, S. 25)

Was er dabei mit „nationalsozialistischem Gedankengut“ meinte, machte Krieger auch gleich deutlich: „blut- und bodenverbundene Gestaltung“ (ebd., S. 24), Einfügung „in die Baugemeinschaft des ganzen Volkes“ (ebd., S. 26) etc.

Bild: „Reichsgrundsätze für die Einheitliche Ausrichtung der Fachschulen für das Bau- und Maschinenwesen“.

3. Die Stundenverteilung

nach dem neuen 5-semesterigen Reichslehrplan.

Lehrfach	Wochenstundenzahl im									
	<u>Hoch- u. Tiefbau</u>		Hochbau				Tiefbau			
	1.S.	2.Sem.	3.S.	4.S.	5.S.	Summe	3.S.	4.S.	5.S.	Summe
1. Nationalpoli- tischer Unter- richt	2	2	2	2	2	10	2	2	2	10
2. Geschäftskunde	2	2	2	-	-	6	2	-	-	6
3. Baubetriebsleh- re	-	-	3	3	3	9	3	3	3	9
4. Mathematik	5	4	2	-	-	11	5	-	-	14
5. Physik	-	3	2	-	-	5	2	-	-	5
6. Baustoffkunde	3	3	2	2	2	12	2	2	2	12
7. Darst.Geometrie	4	3	2	-	-	9	-	-	-	7
8. Feldmessen	-	-	2	-	-	2	2	3	3	8
9. Statik	2	4	3	3	2	14	6	5	4	21
10. Stein-u.Holzbau	7	5	4	3	6	25	-	-	2	14
11. Eisenbetonbau	-	-	-	2	3	5	2	4	2	8
12. Stahlbau	-	-	-	2	3	5	3	2	2	7
13. Grundbau	-	-	-	2	2	4	3	-	2	5

Abschrift.

Reichsgrundsätze für die Einheitliche Ausrichtung der Fachschulen für das Bau- und Maschinenwesen.

1. Aufgabe der Fachschulen ist es, die technische begabte deutsche Jugend zu nationalsozialistischer Haltung zu erziehen und zu berufstüchtigen Architekten und Ingenieuren auszubilden. An der Erziehung arbeiten der Lehrkörper der Fachschulen und die Studentenschaft in lebendiger Gemeinschaftsarbeit.
2. Für die Leiter und Lehrkräfte sind zu fordern:
der Nachweis der fachlichen und pädagogischen Eignung sowie der politischen und charakterlichen Zuverlässigkeit,
die Durchführung einheitlicher Amtsbezeichnungen und einer einheitlichen Unterrichtsbelastung,
die Sicherstellung der ständigen Verbindung mit der Berufspraxis,
die Mitwirkung besonders geeigneter Lehrkräfte an der fachlichen Leistung einzelner Abteilungen, wobei die Verantwortlichkeit des Leiters für den ganzen Schulbetrieb keine Einschränkung erfahren soll.

Die Schüler der Höxteraner Bauschule versprachen sich von der Machtübergabe an die NSDAP „eine Wende aus Not und Arbeitslosigkeit hin zu ‚Arbeit und Brot‘“ (1925-1975, S. 17). Sie kamen nun verstärkt in ihrer NS-Uniform zur Schule. Entsprechend ihr Handeln allerdings nicht den Vorstellungen der diversen NSDAP-Abteilungen, hatten sie unweigerlich mit Konsequenzen zu rechnen, die bis zur Relegierung reichen konnten. Denn: „An dem Tage, an welchem der Studierende in die Staatsbauschule eintritt, unterstellt er sich gleichzeitig der Führung des NS.-Deutschen Studentenbundes und hat von nun ab an seinen Veranstaltungen teilzunehmen“, formulierte 1939 der Studentenfürer Gerhard Schneck (Staatsbauschule Höxter, S. 83). Wie weit die Durchsetzung der NS-Ideologie auch mit einer Militarisierung des Schullebens einherging, die sich ja bereits in der Uniformierung zeigte, verdeutlicht ein Detail aus dem damaligen Veranstaltungsverzeichnis: Schießen wurde ebenso selbstverständlicher Teil der Ausbildung in Höxter wie das Training für das SA-Wehrabzeichen. Der Student sei schließlich „körperlich und geistig Waffenträger der Nation“, führte Schneck aus (ebd., S. 84).

Die Ausgestaltung der 75-Jahrfeier 1939 stand ganz im Zeichen der NS-Ideologie. Höhepunkt der Feier war - vier Wochen vor Beginn des Zweiten Weltkriegs - die Übergabe und Einweihung eines Ehrenmals der Altherrenvereinigung für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Studierenden und Dozenten mit Hitler-Gruß, Hakenkreuz-Fahnen etc. (vgl. Altherrenvereinigung, S. 14).

Im März 1943 mußte die Schule infolge des Zweiten Weltkriegs geschlossen werden.

Bild: Schreiben des Gaustudentenführers (NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord) an den Leiter der Baugewerkschule Höxter, Dr. Krieger.

(Quelle: StA Dt. D9)

Bilder auf den folgenden Seiten: 75-Jahrfeier der Staatsbauschule Höxter 1939, die exemplarisch die Ausgestaltung einer Feier zur Zeit des Nationalsozialismus verdeutlichen.

- **Eröffnung des Festaktes durch Oberstudiendirektor Dr.-Ing. Krieger.**
- **Wettkampf des NS-Studentenbundes und der SA als Teil des Festprogramms.**
- **Aufmarsch der Schüler der Staatsbauschule.**
- **Beflagung des Gebäudes der Alt-Herren-Vereinigung.**

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gauleitung Westfalen-Nord
Der Gaustudentenführer
Beauftragter für Fachschulen
Westf. Nord



Postanschrift des Absenders:
Münster (Westf.), Klappstr. 3

Münster (Westf.) Fernnr. 24271

Girokonto: Gauleitung Westfalen-Nord
der NSDAP, Südliche Spaz-
kaffe Münster, Konto Nr. 3565

Postcheckkonto: Gauleitung Westfalen-Nord
der NSDAP, Münster i. W.,
Postcheckamt Effen Nr. 27885

An den Herrn
Oberstudiendirektor
der Staatsbauschule Höxter
Dr. Krieger

H ö x t e r

Klappstr. 3

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht

Unsere Zeichen

Tag 11.3.39.

In dem vom 0.3.-8.3.39 veranstalteten Einführungs-
lager in Heessen, wurden 30 Mann der Staatsbauschule Höxter
erfasst. 5 Mann und zwar [redacted], [redacted], [redacted],
[redacted], und [redacted] waren entschuldigt durch
ihre Teilnahme am R. A. D. Ohne Entschuldigung, trotz meiner ein-
dringlichen Ermahnung fehlte [redacted]. [redacted] war wohl
entschuldigt, es scheint mir aber ein sogenannter Drückeberger zu
sein und bitte Sie ihn besonders im Auge behalten zu wollen. Lei-
der kamen die letzten 5 Namen zu spät, dass ich dieselben nicht
mehr Benachrichtigen konnte. Die Männer, die Ihre Anstalt besuchen
wollen machten in der Gesamtheit gesehen einen guten Eindruck, wie
die Begeisterung und Disciplin im Lager keinen Wunsch offenliessen
Es ist zu erwarten, dass sich der grösste Teil in der studentischen
Arbeit wie auch auf fachlichem Gebiet einsetzen werden. besonders
möchte ich keinen herausheben, aber achten Sie doch bitte auf die
Entwicklung der beiden Kam. [redacted] und [redacted], denn es
interessiert mich, wie sich die Kam. entwickeln, die eine 4 1/2 jäh-
rige Dienstzeit bei der Leibstandarte gedient haben.
Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen für Ihr Interesse, dass Sie
dem Lager entgegengebracht haben meinen aufrichtigsten Dank ausspre-
chen. Ich hoffe, dass die stattfindenden Lager mit dazu beitragen
mögen ein discipliniertes Verhalten der Studenten als auch ein vor-
bildliches Zusammenarbeiten zwischen Dozenten und Studenten zu ge-
währleisten.

Heil Hitler!

Himmeyer

Gaubeauftragter für Fachschulen





Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurden die Höxteraner Baugewerkschule und die Landbauschule in Soest wiedereröffnet. In Höxter war der Schülerandrang groß, da die Schule eine der wenigen war, die im Krieg nicht zerstört worden war. Es waren vor allem ehemalige Soldaten, die sich um Aufnahme bemühten. Sie lernten unter den für die Nachkriegszeit typischen widrigen Bedingungen: in ungeheizten Zimmern, feuchten Schulräumen, bei Kerzenlicht und schlechter Verpflegung (vgl. Huppke, S. 38).

Mit einer angemessenen Aufarbeitung der letzten zwölf Jahre tat man sich schwer. Ein besonders erschreckendes Beispiel ist die Rede, die der neue Leiter der Höxteraner Staatsbauschule, Cunze, zur Wiedereröffnung am 17. Oktober 1945 hielt. Cunze, seit 1914 in Höxter, gab den Neuanfängern als Rat das Goethezitat mit: „Willst Du Dir ein gut' Leben zimmern, Mußt um's Vergangene Dich nicht bekümmern. Und wäre Dir auch was verloren, Mußt immer tun wie neu geboren.“ (StA Dt, D9) Lediglich der Toten sollte weiter gedacht werden, aber nur jenen, die den „Soldatentod“ (ebd.) gestorben waren - „kerndeutsche“ Männer, wie Cunze sie bezeichnete.

Bild: Feuchte Schulräume in den 50er Jahren.

Zug um Zug wirkten sich aber die organisatorischen Veränderungen im Rahmen des demokratischen Wiederaufbaus aus. Cunze wurde abgelöst durch Dr. Hasenbein. Es entwickelten sich Ansätze einer studentischen Selbstverwaltung, die in die Gründung des „Studentenverbandes Deutscher Ingenieurschulen“ mündeten. 1953 erfolgte die Umbenennung der Staatsbauschule in „Staatliche Ingenieurschule für Bauwesen“, sechs Jahre später die Verlängerung der Schulzeit von fünf auf sechs Semester.

Für die Verbesserung der materiellen Lage war das Inkrafttreten der „Grundsätze für die direkte Förderung der Studierenden an Staatlichen Ingenieurschulen“ 1959 wichtig. Die Zahlungen nach dem Honnefer Modell ermöglichten es breiten Schichten der Bevölkerung, drei Jahre ohne Einkommen an der Ingenieurschule zu verbringen. In diesen Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs wurden auch die Schulräume von Grund auf renoviert und ein Studentenwohnheim errichtet. Nachdem jahrelang die Studierendenzahlen wie in der Vorkriegszeit um 300 stagniert hatten bzw. teilweise sogar rückläufig gewesen waren, stiegen sie Anfang der 60er Jahre auf über 400 an (vgl. Staatl. Ingenieurschule für Bauwesen Höxter, S. 15). 1971 konnte - mit der Eingliederung in die Fachhochschule Südost-Westfalen - am Ziegenberg ein neues Gebäude bezogen werden.

Bild: Renovierte Ingenieurschule für Bauwesen in Höxter 1963.



Bis 1963 blieben die Ingenieurschulen für Bauwesen in Höxter und für Landbau in Soest die einzigen Einrichtungen dieser Art in Südost-Westfalen. Dann aber wollte die nordrhein-westfälische Landesregierung aufgrund des technologischen Fortschritts die Ingenieurausbildung erweitern und strukturschwache Regionen fördern. Innerhalb von zwei Jahren entstanden deshalb Ingenieurschulen für Maschinenbau in Paderborn, Soest und Meschede (bis 1968 nur als Außenstelle von Soest), die nach kurzer Zeit auch das Fach Elektrotechnik lehrten. Gleichzeitig wurde die 1947 als „Höhere Landbauschule“ wiedereröffnete Schule in Soest in eine „Ingenieurschule für Landbau“ umgewandelt. Das war mit einer Schulzeitverlängerung auf drei Jahre verbunden.

Aufnahmebedingungen der Ingenieurschulen waren die Mittlere Reife und ein zweijähriges Praktikum. Als Abschluß wurde der „Ingenieur“-Titel verliehen; Prüflinge mit der Gesamtnote „gut“ erhielten die Hochschulreife für das Studium an Technischen Hochschulen zuerkannt.

Bild: Ausschnitt aus dem Stundenplan der Staatlichen Ingenieurschule für Maschinenwesen in Meschede (Sommersemester 1968).

Die Staatlichen Ingenieurschulen waren dem sekundären Schulbereich zugeordnet, bauten also auf der Klasse zehn auf und nicht auf dem Abitur. Der Unterricht fand im Klassenverband statt, Fehlen mußte entschuldigt werden. Wie im allgemeinbildenden Schulwesen entschied die Dozentenkonferenz über Versetzungen; Wiederholung war nur einmal gestattet. Der Unterricht im Klassenverband an einer kleinen Schule ließ zwar keine Wahlfreiheit, förderte aber den Zusammenhalt zwischen Studierenden, Dozenten und Verwaltung. Jeder kannte jeden, die Anonymitätsprobleme der großen Universitäten waren hier unbekannt.

Dr. Erich Schürmann, ehemaliger Student der Ingenieurschule für Maschinenwesen Soest und heute Professor für Konstruktionslehre an der Soester Abteilung der Universität-Gesamthochschule Paderborn, schreibt über sein Studium: „Die sechssemestrige Ausbildung war eine Fortführung der vorausgegangenen schulischen Ausbildung mit Klassenverbänden und Klausuren während der Vorlesungszeit. Die Lehrkräfte hießen Bauräte und kontrollierten zumindest inoffiziell die Anwesenheit der Schüler. Man traf sich regelmäßig in einschlägigen Gaststätten, was sicherlich den Kontakt zur Soester Bevölkerung unterstützte. Nach Beendigung des Studiums, die letzte mündliche Prüfung war überstanden - natürlich im dunklen Anzug -, wurde ein Foto für die Presse gemacht und zur Abschlußfeier eine Bierzeitung verlesen.“

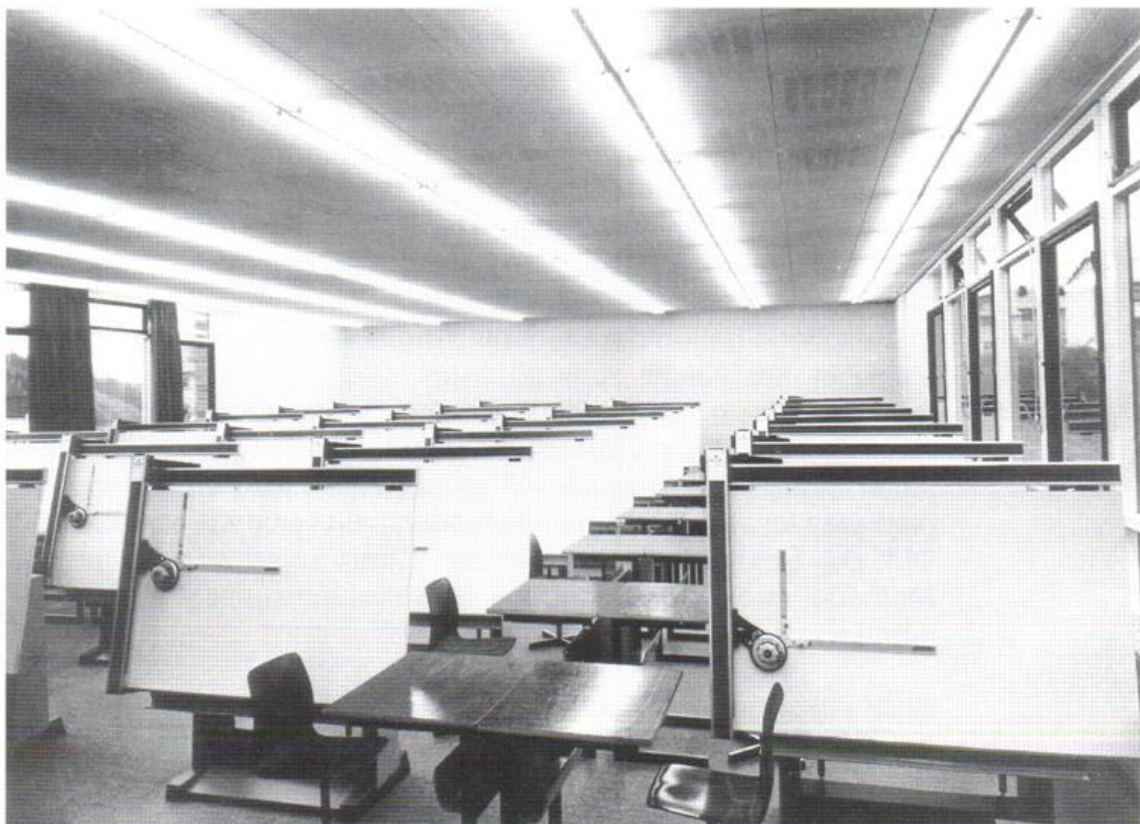
Bild: Klassenraum der Mescheder Ingenieurschule.

in Maschinenwesen
Maschade

Stundenplan für das Sommer-Semester 1968

gültig ab 15.5.1968

Zeit	K1	F1	N1.1	N1.2	K2	F2	N2	K3	F3	N3	K4	F4	N4	K5	F5	N5	K6	N6	Montag
8 ⁰⁰	K0	K0	Ph	Mat	Mat	Mat	Ph	SWL	SWL		JK	WM	NF	ET	ET	NF	JA	RT	
9 ³⁰	Sl	Sl	Fr	Pe	Her	Her	Kla	Ger	Ger		Ti	Fri	Bra	Dra	Dra	Kl	Ge	Mi	
9 ⁴⁵	K0	K0	Mat	Ph	SWL	SWL	Mat	Ph	Ph		WL	Sl	NF	ET	ET	Mat	ET	MA	
11 ¹⁵	Sl	Sl	Pe	Fr	Ger	Ger	Mi	Kla	Kla		Ge	Ti	Kl	Dra	Dra	Her	Bra	En	
11 ³⁰	Ph	Ph	GE		Mat	Mat	Ko	Mech	Mech	Ph	Vor	Vor	TE	JK	Bl	JA	RT	NF	
13 ⁰⁰	Kla	Kla	Za		Her	Her	En	Pe	Pe		Fr	Fri	Fri	Dra	Sl	Ger	Wi	Kl	
14 ⁰⁰										GE	ET	ET	JA		JA	Sem	WL		
15 ¹⁰										Bra	Jü	Jü	Wi		Ti	Rich	Ge		
15 ⁴⁵																	ET		
17 ¹⁵																	Bra		
Zeit	K1	F1	N1.1	N1.2	K2	F2	N2	K3	F3	N3	K4	F4	N4	K5	F5	N5	K6	N6	Dienstag
8 ⁰⁰	Sem	Sem	SWL	GE	Mech	Mech	Tch	Ko	Ko	Mat	Fs	JA	NF	RT	Vor	NF	SH	ST	
9 ³⁰	Th	Th	Ger	Jü	Be	Be	Be	Wi	Wi	Za	Sl	Hu	Bra	Mi	Fri	Kl	Ti	Dra	
9 ⁴⁵	Mat	Mat	Sem	Sem	Sem	Sem	GE	Ko	Ko	GE	ET	ET	St	Sem	JA	FT	Sem	Sem	
11 ¹⁵	Za	Za			Th	Th	Kl	Wi	Wi	Bra	Jü	Jü	Dra		Sl	Hu			
11 ³⁰	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	Sem	
13 ⁰⁰								Th	Th										
14 ⁰⁰	Mech	Mech		KoD	WKü	WKü				EM Ph	Mat		JA	JA	JA		JA	ST	
15 ¹⁰	Pi	Pi		Bo	Be	Be				Üb Üb	Za		Jü	Wi	Hu		Ti	Dra	
15 ⁴⁵																			
17 ¹⁵										Kl, Fr									
Zeit	K1	F1	N1.1	N1.2	K2	F2	N2	K3	F3	N3	K4	F4	N4	K5	F5	N5	K6	N6	Mittwoch
8 ⁰⁰	Mat	Mat	Mat	Mech	WK	WK	Ph	Ko	Ko	SWL	JA	JK	NF	SH	RT	TE	KW		
9 ³⁰	Za	Za	Pe	Vo	Be	Be	Kla	Wi	Wi	Ger	Bo	Sl	Bra	Ti	Mi	Fr	Ge		
9 ⁴⁵	Ph	Ph	Ch	Ph	U	U	Mat	Ko	Ko	Mech	Sl	JK	Mat	Gf	FA	NF	KM	MA	
11 ¹⁵	Kla	Kla	Blö	Fr	Be	Be	Mi	Wi	Wi	Vo	Ti	Sl	Za	Ge	Pe	Bra	Hu	En	
11 ³⁰	SWL	SWL	Ph	Ch	Mech	Mech	Mech	Ko	Ko			Mat	TE	WL	JK	RT	KM	JK	NF
13 ⁰⁰	Ger	Ger	Fr	Blö	Be	Be	Vo	Wi	Wi			Za	Dra	Ge	Sl	Mi	Hu	Ti	Bra
14 ⁰⁰	KoD	KoD	Mech	GE				Ch	Ch					SM KM WM ÜB	ST	JA			
15 ¹⁰	Pe	Pe	Vo	Jü				Blö	Blö					Ti	En	Fri	Dra	Hu	J. Ge
15 ⁴⁵														Sem	Sem	ST			
17 ¹⁵														Rich	Rich	Dra			
Zeit	K1	F1	N1.1	N1.2	K2	F2	N2	K3	F3	N3	K4	F4	N4	K5	F5	N5	K6	N6	Donnerstag
8 ⁰⁰	Ch	Ch	Tch	Mat	Ko	Ko	Mat	U	U	Mat	GL	Bl	JK	SB	SH	TE		JA	
9 ³⁰	Blö	Blö	Hu	Pe	Bo	Bo	Mi	Be	Be	Za	Ge	Ger	Jü	Vo	Pi	Fr		Bra	Kl
9 ⁴⁵			Ko	SWL	Ch	Ch	GE	Mech	Mech	Ko	JA	FT	JK	SB	JA	NF		WM ÜB	NV



An den Ingenieurschulen in Höxter, Meschede, Paderborn und Soest wurde in den Jahren 1968 und 1969 ebenso für eine Ingenieurschulreform gestreikt wie in den übrigen Ingenieurschulen der Bundesrepublik. Dies wäre ohne die umwälzenden Ereignisse an den Universitäten im Rahmen der Studentenbewegung undenkbar gewesen.

Ziel der Studierenden war eine europaweite Anerkennung ihres Abschlusses. Voraussetzung dafür war, daß das Ausbildungsniveau sowohl bei den Vermittlungsformen als auch in den Lehrinhalten angehoben wurde. Die Fachschulen - bisher dem sekundären Schulbereich zugehörig - sollten dem Hochschulbereich zugeordnet werden, einschließlich hochschulüblicher Lehrformen, des Rechts auf akademische Selbstverwaltung sowie einer Mitbestimmung der Studierenden.

Der erste Streik im Frühjahr 1968 dauerte vier Wochen. Der von der Landesregierung daraufhin vorgelegte Reformentwurf stieß weiter auf Ablehnung, so daß im April 1969 erneut gestreikt wurde. In Höxter erzwangen die Studierenden sogar, daß die Feier „105 Jahre Baugewerkschule“ abgesagt wurde (vgl. Fakten).

Bild: Streik an der Ingenieurschule für Maschinenbau in Meschede.

Der Streik war erfolgreich, auch wenn die Landesregierung mit einer Annullierung des Streiksemesters reagierte: Im Juli 1969 trat das erste Fachhochschulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in Kraft, in dem eine weitgehende Erfüllung der Forderungen in Aussicht gestellt wurde. Umgehend reformierte man den Lehrbetrieb an den Ingenieurschulen: Die Semesterversetzungen wurden aufgegeben, ab Wintersemester 1969/70 ersetzt Vorlesungen, Übungen und Seminare den Unterricht im Klassenverband. In Meschede hatten die Studenten ihren Streik vorzeitig abgebrochen. In der Nacht zum 30. April 1969 war auf die dortige Ingenieurschule ein erster Brandanschlag verübt worden, dem zwölf Tage später ein Bombenattentat folgte. Ein Zeitzünder hatte hinter einer Tafel versteckte Flaschen mit Nitro-Verdünnung explodieren lassen. Der Gesamtschaden belief sich auf etwa 25.000 DM. Die Studierenden setzten den Streik sofort aus, da sie die Methode, ihre Forderungen mit Gewalt durchzusetzen, strikt ablehnten.

Bild: Anzeigenkampagne der Landesregierung als Reaktion auf den Streik.

(Quelle: Westfalen-Blatt v. 17. Mai 1969).



Unsere Ingenieur-Studenten brauchen eine bessere Ausbildung.

Das wissen wir, und deshalb haben wir am 19.11.68 das Fachhochschulgesetz eingebracht. Die Fachhochschulen, die neu eingerichtet werden, sind Hochschulen. Sie bilden unsere Ingenieure auf Hochschul-Niveau aus. Zur Vorbereitung der Studenten auf die Fachhochschulen werden ab 1.8.1969 Fachoberschulen eingerichtet.

Die Fachhochschule steht gleichberechtigt neben der Universität und der Kunsthochschule. Sie bilden zusammen

den Hochschulbereich und werden alle die gleiche Rechtsstellung haben. Die rechtliche Basis dafür wird das Hochschulbereichsgesetz bringen, das die Landesregierung dem Landtag in Kürze vorlegen wird. Damit wurde die beste Voraussetzung für eine auf die Zukunft orientierte Ausbildung unserer Ingenieure geschaffen.

Sie sehen: wir setzen uns für die berechtigten Forderungen der Studenten ein. Deshalb rufen wir die Studenten auf:

Beenden Sie den Streik!

Nehmen Sie ab Montag, den 19. Mai, Ihr Studium wieder auf. Denn es gibt keinen Grund zum Streiken. Aber es gibt viele Gründe, hart zu arbeiten.